

Schneisingen, 26.03.2008: Rund 30 Gemeindepräsidenten und Gemeindeammänner aus den Kantonen Zürich, Aargau und Schaffhausen haben sich heute in Schneisingen (Kanton Aargau) zum Gemeindepräsidenten-Forum der IG-Nord eingefunden. Gemeinsam appellieren sie an die jeweiligen Kantonsregierungen, in der Luftfahrtpolitik auch die Interessen der betroffenen Bevölkerung zu vertreten, anstatt einseitig wirtschaftliche Interessen des Flughafens in den Mittelpunkt zu rücken.

Immer mehr wird die Luftfahrtpolitik rund um den Flughafen Zürich von nationalen sowie privaten Interessen der Wirtschaft geprägt. Die Anliegen der Bevölkerung verlieren an Gewicht und die Gemeinden werden zunehmend übergangen. Die IG-Nord hat daher unter dem Titel „Aargauer und Zürcher Gemeinden gemeinsam für eine gerechte Luftfahrtpolitik“ in Schneisingen ein Gemeindepräsidenten-Forum einberufen, um den Gemeinden im Norden des Flughafens Gehör zu verschaffen. Dabei war vor allem im Hinblick auf die bevorstehenden Koordinationsgespräche mit dem BAZL die Botschaft nach Bern klar: Die IG-Nord Gemeinden kämpfen gegen den gekröpften Nordanflug und für eine gerechte Luftfahrtpolitik.

Vor 30 geladenen Gemeindepräsidenten und Gemeindeammännern sowie dem Fluglärm-Beauftragten des Kantons Aargau, Hans-Martin Plüss, wies Felix Binder, Präsident Planungsverband Zurzibiet auf die Doppelbelastung der Region hin. Das geplante An- und Abflugregime sieht am Morgen den gekröpften Nordanflug vor und in den Nachtstunden eine neue Surbtalroute. „Wir sind von 6.00 bis 7.00 Uhr als erste und von 22.00 bis 23.30 Uhr als letzte vom Fluglärm betroffen“, stellt Felix Binder fest. Die vorangetriebene Nordausrichtung der Zürcher Regierung wollen die Gemeindevertreter nicht akzeptieren.

Gerade für Schneisingen ist die neue Surbtalroute verheerend. Als einzige Gemeinde im Kanton Aargau liegt die Lärmbelastung in Schneisingen über den Planungswerten. Somit kann sie sich nicht mehr entwickeln, es droht ein Baumortorium. Dieses Leid tragen auch viele Zürcher Gemeinden. Das Wachstum des Flughafens geht immer mehr zu Lasten der Gemeinden, die durch Baustopps, Umzonungen und Umsiedlungen wie in der Gemeinde Winkel immer mehr zurückgedrängt und in ihrer Existenz bedroht werden.

Gemeinsam appellierten die Gemeindepräsidenten und Gemeindeammänner an die Kantonsregierungen in Zürich und im Aargau, in den anstehenden Koordinationsgesprächen mit dem BAZL, die Anliegen der Gemeinden ernsthaft zu vertreten. „Wir fordern die Verankerung der Betriebsvariante E im SIL-Objektblatt und stellen uns konsequent gegen Pistenverlängerungen und Parallelpisten. Nur mit dieser Variante hat unsere Region eine Zukunft“, sagt Hanspeter Lienhart, Präsident der IG-Nord. Die Teilnehmenden waren am Schluss der Veranstaltung überzeugt, dass sich die Gemeinden verstärkt über die Kantonsgrenzen hinweg für die Anliegen der Region stark machen müssen.